

Ein Plädoyer für eine moderne Familienpolitik

Michael Frank, www.michael-frank.eu vom 26. August 2013

Ich möchte in diesem Essay kurz darstellen, warum ich mich politisch für eine moderne Familienpolitik einsetze und ein paar politische Maßnahmen darlegen, die dahin führen können. Der Begriff der Familie ist nicht nur in der jüngsten Zeit einem Bedeutungswandel ausgesetzt, was bedeutet, dass der Begriff vor etwa 50 Jahren, vor 100 Jahren oder gar vor 10 oder 20 Jahren in der Gesellschaft jeweils mit anderen Vorstellungen und Konnotationen verbunden war. Der gesellschaftliche Wandel hat eingeführt, dass es immer mehr individuelle Lebensentwürfe gibt, in denen Familie nicht mehr so funktioniert, wie es noch vor Jahrzehnten der Fall war. Es gibt immer mehr Patchworkfamilien, die Rolle der Frau innerhalb der Familie hat sich gewandelt, auch das Mitspracherecht von Kindern innerhalb der Familie hat sich gewandelt, der Individualismus in der Gesellschaft hat dazu geführt, dass das Zusammenleben von Menschen immer mehr einer zeitlichen Begrenzung ausgesetzt ist. Insofern muss Politik auch auf diese neue Form der Lebensentwürfe der Menschen reagieren, vor allem deshalb, weil Kinder, die letztendlich von veränderten Familienstrukturen und Partnerwechseln der Eltern immer mitbetroffen sind, immer abhängig sind von der finanziellen Situation der Eltern. Deshalb muss Politik dafür sorgen, dass egal welche Familienentwürfe der einzelne Mensch vertritt oder welche Form von Partnerschaft der einzelne Mensch wählt, die Kinder der Elternteile immer auf höchstem Niveau ökonomisch und gesundheitlich versorgt sind.

Insbesondere die jüngere Generation muss heute mehr als bisher sich Gedanken machen über einen individuellen Lebensentwurf und hat auch mehr als je in der Geschichte die Möglichkeit dazu. Soziales Handeln in Eigenverantwortlichkeit ist die Voraussetzung dafür, in geordneten Familienverhältnissen zusammenleben zu können. Durch die verlängerte Schul- oder Berufsbildung, sowie durch ein Studium und die damit verbundene materielle Existenzangst fällt es immer mehr jungen Menschen schwerer, eine Partnerschaft einzugehen und eine Familie zu gründen. Durch die bereits oben angesprochene Veränderung im Familienleben und in den Familienverhältnissen in den letzten Jahrzehnten ist längst nicht immer gewährleistet, dass sich die älteren Generationen an der Kindererziehung beteiligen. Viele junge Menschen stehen bei völlig allein da. Hierauf muss Politik reagieren, sie muss soziale Institutionen fördern, die den jungen Menschen Erleichterungen und Hilfen anbieten, um die Kindererziehung allumfassend zu gewährleisten. Des weiteren wäre es sinnvoll, Maßnahmen zu ergreifen, die darauf hinauslaufen, dass junge Eltern durch eine erheblich verkürzte Arbeitszeit in ihrer Familienarbeit unterstützt werden. Auf diese Weise könnte man die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern. Ebenso sollte man neue Maßnahmen für die Gesundheitsvorsorge von Kindern ergreifen, insbesondere für die Früherkennung von schweren Krankheiten. Dies könnte dadurch geschehen, dass man den Besuchern einer Kindertagesstätte ab dem Alter von einem Jahr verpflichtend macht und hier auf verpflichtende gesundheitliche Untersuchungen an den Kindern durchführen lässt, um möglichst frühzeitig gesundheitliche Probleme durch die bestmögliche ärztliche Versorgung beheben zu können.

Moderne Familienpolitik bedeutet nicht nur die Unterstützung von Kindern und ihren Eltern, sondern auch die Unterstützung für Menschen in hohem Alter. Auch für sie muss eine bestmögliche gesundheitliche Versorgung gewährleistet werden. Das betrifft beispielsweise Veränderungen und Verbesserungen bei der Organisation der Pflege. Das Ziel muss es sein, Menschen im hohen Alter auch die größtmögliche Lebensqualität zugute kommen zu lassen. Dabei muss gesundheitliche

Vorsorge einen wichtigen Stellenwert einnehmen. In vielen Familien ist es nicht möglich, dass sich die Kinder der älteren Menschen um die Pflege Ihrer Eltern selbst kümmern. Dennoch muss die Pflege für pflegebedürftige Menschen gewährleistet sein. Dies kann nicht allein durch freiwilliges Engagement organisiert werden, sondern benötigt staatliche Institutionen, die sich um diese Aufgaben pflichtbewusst kümmern. Niemand soll Einsamkeit leben und sterben müssen. Niemand soll sozial isoliert sein. Der Zugang zur Gesellschaft muss für alle Menschen, die sich sei es durch Alter oder durch Armut oder durch andere Tatsachen in sozialer Isolation befinden gewährleistet und organisiert werden.

Familie existiert immer dort, wo Menschen über Generationengrenzen hinweg füreinander Verantwortung übernehmen. Wo dies der Fall ist, muss die staatliche Gemeinschaft unterstützend tätig werden. Die staatliche Unterstützung muss unabhängig davon gewährleistet werden, ob das Familienleben innerhalb einer Ehe praktiziert wird oder nicht. Es muss der Grundsatz gelten, dass eher die Entwicklung von Kindern gefördert wird, als das reine Zusammenleben von Erwachsenen in einer kinderlosen Partnerschaft. Moderne Familienpolitik muss wegkommen von einem antiquierten Idealbild der bürgerlichen Ehe und hin zu einer gezielten Förderung von tatsächlicher sozialer Verantwortung über Generationengrenzen hinweg. Dabei gilt es stets, die Erziehung und Ausbildung von Kindern in den besonderen Fokus der staatlichen Intervention zu nehmen. Unsere Gesellschaft hat insgesamt zu wenig Kinder und es Leben gemessen an unserem hohen gesellschaftlichen Wohlstandsniveau zu viele Kinder in Armut. Dem muss durch staatliche Maßnahmen entgegengewirkt werden. Die Pflege und Erziehung der Kinder kann nicht allein den Eltern aufgebürdet werden, sondern ist eine soziale Verpflichtung für die gesamte Gesellschaft. Nur wenn dies der Fall ist, werden auch Familien- und Kinderwünsche erleichtert und in die Realität umgesetzt.

Die Familie ist der Ort, wo eine Werteorientierung stattfindet, wo soziale Werte gelehrt und gelebt werden, wo die Entwicklung des Einzelnen gefördert wird, wo man sich gegenseitig anerkennt, wo man sich ökonomisch unterstützt, emotional zusammenhält, sich gegenseitig Zuwendung zukommen lässt und ich aufeinander verlassen kann. Insofern ist ein solcher Rückhalt für jeden Menschen eine Notwendigkeit, um in dieser Gesellschaft bestehen zu können. Deshalb muss man Familien auch mehr Zeit einräumen, d.h., dass man Eltern etwa eine niedrigere Arbeitszeit abfordert, so dass sie mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen können. Auch die Zeit für die Pflege von älteren Menschen müsste sich für Familienmitglieder mehr auszahlen. Um dies zu gewährleisten, müsste man über staatliche Mechanismen nachdenken, die genau eben dies fördern.

Die Familien finanziell zu fördern, insbesondere diejenigen Familien, die sozial benachteiligt sind, ist eine essenzielle Aufgabe der staatlichen Sozialpolitik. Diese finanzielle Förderung muss zu aller erst den Kindern zugute kommen. Dabei ist es besonders wichtig, dass die einseitige Förderung der Ehe über das Ehegattensplitting endlich beendet wird und stattdessen das Zusammenleben mit Kindern als Familie mehr gefördert wird, auch dann, wenn dies nicht in einer Ehe stattfindet. Dabei wäre es zunächst einmal wichtig, dass man eine Individualbesteuerung einführt und je nachdem welche Familienarbeit geleistet wird auch eine individuelle Steuervergünstigung gewährt. Auch bei der Rentenversicherung müssen Kindererziehungszeiten deutlich besser berücksichtigt werden.

Auch Kinder durch den Ausbau von staatlichen Einrichtungen zu fördern, ist eine essenzielle Säule der staatlichen Sozialpolitik. Dabei müsste eine Ganztagsbetreuung ab dem ersten Lebensjahr flächendeckend in ganz Deutschland organisiert werden. Die Betreuungszeiten müssten so flexibel organisiert werden, dass Kinderbetreuungseinrichtungen auch rund um die Uhr zur Verfügung stehen, damit Eltern die im Schichtdienst arbeiten auch Ihre Kinder auf höchstem Niveau pädagogisch versorgt haben können. Besonders wichtig ist, dass das Angebot an staatlich

organisierter Kinderbetreuung für die Eltern immer kostenlos sein muss. Das kann unsere Gesellschaft bei unserem Wohlstand locker leisten. Es muss nur der politische Wille dazu vorhanden sein. Ein politisches Ziel muss es daher sein, dass ab dem ersten Lebensjahr nicht nur ein Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz besteht, sondern dass auch eine Verpflichtung besteht, sein Kind in eine Gitter zu bringen, damit es gar optimal pädagogisch gefördert werden kann, ob die mal ernährt und ausgebildet werden kann, damit es später in der Schule und im Leben nicht benachteiligt wird.

Zusammenfassend muss man sagen, dass alle Maßnahmen, die darauf hinauslaufen staatliche Institutionen zu schaffen, die auf höchstem pädagogischen Niveau bereits Kinder im frühkindlichen Alter bilden, immer den Vorrang haben müssen vor reinen Transferleistungen an die Eltern. Das Recht und die Pflicht, für die Pflege und die Erziehung der Kinder zu sorgen darf nicht allein den Eltern aufgebürdet werden, insbesondere deshalb nicht, weil doch bekannt ist, dass durch gut ausgebildete Fachkräfte im Bereich der Pädagogik, der Sozialwissenschaften, der Psychologie und der Medizin Kinder bereits in der frühkindlichen Phase ihrer Entwicklung viel besser gefördert werden können, als durch die Laientätigkeit der Eltern, selbst wenn diese mit viel Liebe und Zuneigung zum Kind geleistet wird. Deshalb sollten staatliche Unterstützungen im frühkindlichen Bereich nicht als Zwang wahrgenommen werden, nicht so, als ob man die Kinder den Eltern wegnehmen möchte, sondern so, dass man den Eltern bestmöglich Unterstützung geben will, um letztlich den Kindern die größten möglichen Chancen für Ihre Zukunft zu geben. Das ist eine wesentliche Aufgabe staatlicher Sozialpolitik. So können wir Kinder vor sozialer Verarmung, vor sozialer Verwahrlosung schützen, so können wir Kinder integrieren, auch wenn ihre Eltern sozial benachteiligt sind, so können wir Kinder integrieren, auch wenn sie etwa von einer Behinderung betroffen sind und so können wir das Wohl der Kinder, was sich aus der Menschenwürde ableiten lässt bestmöglich durch die Zusammenarbeit von Staat und Familie gewährleisten. Gerade weil Kinder unsere Zukunft sind, bedeutet dies zwei Sachen: Dass die Gesamtgesellschaft nicht einen Anspruch hat gegen das Kind oder gegen die Eltern des Kindes, sondern dass die Gesamtgesellschaft die Pflicht hat die Eltern, die Familie und insbesondere das Kind so zu fördern, dass es im späteren Leben ein vollwertiges und anerkanntes Mitglied in einer freien Bürgergesellschaft sein kann.